

Öffentliche Ausschreibung
zur Vergabe eines Forschungsvorhabens

***Entwicklung standardisierter Rahmenempfehlungen zur Weiterentwicklung und
Sicherung einer qualifizierten Pflege für demenziell Erkrankte
(Rahmenempfehlungen zur Pflege demenziell Erkrankter)***

Nach Expertenaussagen leiden in vollstationären Pflegeeinrichtungen zwischen 40% und 70% aller Bewohner an einer mittelschweren bis schweren Demenz. Betroffen sind vor allem hochaltrige multimorbide Menschen, deren Abhängigkeit von Pflege- und Betreuungspersonen im fortschreitenden Krankheitsprozess immer weiter zunimmt. Insofern stellt die Qualitätssicherung professioneller Pflege und Begleitung von Menschen mit demenziellen Erkrankungen in vollstationären Pflegeeinrichtungen hohe fachliche Anforderungen an das Pflegepersonal.

Eine besondere Herausforderung für das Pflegepersonal sind hierbei die sogenannten Verhaltensauffälligkeiten wie z.B. aggressives Verhalten, gestörtes Essverhalten, Orientierungsstörungen, Weglauftendenzen, Schlafstörungen oder das Verkennen und Verursachen von gefährdenden Situationen. Sie erschweren eine angemessene Versorgung und Betreuung des Betroffenen und wirken sich ungünstig auf die Lebensqualität der demenziell erkrankten Heimbewohner aus.

Im Rahmen der Ressortforschungskompetenz will das BMGS mit einer praxisorientierten Forschungsinitiative ermitteln, welche pflegerischen Interventionsmaßnahmen erfolgreich dazu beitragen, die Pflegequalität für Demenzkranke mit Verhaltensauffälligkeiten zu verbessern. Hierzu beabsichtigt das BMGS folgende Leistungen im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung nach VOL zu vergeben:

Es sollen auf der Grundlage einer nationalen/internationalen Literaturexpertise standardisierte Rahmenempfehlungen zur Pflege demenziell Erkrankter im vollstationären Pflegebereich erarbeitet werden. Die standardisierten Rahmenempfehlungen sollen die häufigsten und besonders pflegerelevanten Verhaltensstörungen berücksichtigen und Aussagen zur Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität pflegerischen Handelns beinhalten.

Das Angebot muss die Einrichtung sowie Arbeitstreffen einer geeigneten Expertenarbeitsgruppe enthalten. Diese soll insbesondere zu Beginn, nach Vorlage der Literaturanalyse und bei weiteren wesentlichen Meilensteinen des Projektes (u.a. Zwischenberichte, Abschlußbericht) beteiligt werden. Über die Mitglieder der Expertenarbeitsgruppe ist nach Auftragserteilung eine enge Abstimmung mit dem BMGS erforderlich.

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes sind vor Erstellung der Endfassung der Rahmenempfehlungen durch den Projektnehmer im Rahmen einer Präsentation der Fachöffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Die Veröffentlichung nach Projektende durch das BMGS ist vorgesehen.

Es ist vorgesehen, die Förderung für den ausgewählten Anbieter auf insgesamt bis zu 100.000 € bei einer Laufzeit von zwei Jahren zu beschränken.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung fordert hiermit geeignete Institutionen und Forschungsgemeinschaften zur Abgabe eines Angebots auf.

Die Angebote in deutscher Sprache müssen schriftlich in zweifacher Ausfertigung (davon nach Möglichkeit eine in kopierbarer Form sowie in elektronischer Form als MS-Office-kompatibles pdf-Format (CD-ROM oder Diskette) rechtsverbindlich unterschrieben in verschlossenem Umschlag bis zum

31.10.2003, 14:00 Uhr

beim (Postanschrift)

**DLR-PT
Projektträger Gesundheitsforschung
Südstraße 125
53175 Bonn**

eingegangen sein.

Das Angebot soll enthalten

- ein entsprechendes Forschungsdesign,
- einen Zeit- und Verlaufsplan (Meilensteine, Zwischenberichte, Abschlußbericht, Präsentation),
- Vorschläge für mögliche Mitglieder der Expertenarbeitsgruppe

- - einen detaillierten Kosten- und Finanzierungsplan (einschl. Kosten Expertenarbeitsgruppe),
- Angaben zu den personellen und technischen Kapazitäten sowie
- eine ausführliche Begründung der Qualifikation des Bewerbers
- Ausarbeitungen zu dem gesamten Aufgabenspektrum. Eine Aufteilung in Lose ist nicht möglich.

Das Angebot ist unterschrieben in verschlossenem Umschlag zu versenden. Der Umschlag darf nur den Namen des Bewerbers enthalten sowie die Inhaltsangabe: „Angebot - zur öffentlichen Ausschreibung eines Projektes Entwicklung standardisierter Rahmenempfehlungen zur Weiterentwicklung und Sicherung einer qualifizierten Pflege für demenziell Erkrankte (Rahmenempfehlungen zur Pflege demenziell Erkrankter), Referat 233“. Er ist in einen zweiten Briefumschlag einzulegen, der mit dem Absender des Bewerbers und der Anschrift des Projektträgers Gesundheitsforschung zu versehen ist.

Die Entscheidung über die Vergabe durch das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung soll voraussichtlich etwa 12 Wochen nach Ende der Ausschreibungsfrist getroffen werden.

Der Bewerber unterliegt mit der Abgabe seines Angebots den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote nach § 27 der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL).

Der Auftrag soll zu einem Marktpreis (incl. Mehrwertsteuer, Reisekosten u.ä.) nach § 4 VO PR Nr. 30/53 vergeben werden. Der zu Grunde liegende Mehrwertsteuersatz ist ebenso anzugeben wie alle übrigen für den Preis ausschlaggebenden Faktoren. Die Vergabe soll in Form eines Werkvertrages erfolgen. Der Vertrag unterliegt der Verdingungsordnung für Leistungen, Teil B (VOL/B). Die Leistungen werden aus Mitteln der öffentlichen Hand finanziert und stehen damit unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Haushaltsmittel. Die vereinbarte Vergütung wird in Raten für mehrere Monate erfolgen.

Für die Erstellung und Abgabe der Angebote wird keine Erstattung gewährleistet. Weitere Verdingungsunterlagen gibt es nicht. Auskunft über sachdienliche Hinweise gemäß § 17 VOL erfolgt ausschließlich per e-mail durch den DLR-PT (ausschreibung.demenzpflege@dlr.de) bis zum 10.10.2003. Eine telefonische Auskunft erfolgt nicht. Die Fragen und Antworten werden per e-mail allen bekannten Bewerbern mitgeteilt. Verfahrensrelevante Mitteilungen erfolgen ausschließlich auf dem Postweg.

Bis zur Vergabe ist der Bewerber an sein Angebot gebunden.

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung
Referat 233
Am Propsthof 78a
53121 Bonn

Bonn, den 28.07.2003

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung
Im Auftrag
Dr. Grambow